



Grenzen überwinden – gemeinsam streiten!

Rückblick auf die »Transboundary Parliamentary
Networking Conference among Severní Čechy (CZ),
Dolny Śląsk (PL) and Sachsen (DE)«
am 26. November 2016

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Inhalt

Vorwort	3
----------------	----------

Ländersichten und Diskussionsergebnisse zu den Schwerpunktthemen der Konferenz

»Die Zukunft des Öffentlichen Personennahverkehrs im Dreiländereck«	5
»Zum Für und Wider der Elbstaustufen«	8
»Windenergie in Sachsen als alternative Energiequelle« und »Probleme mit Smog im Stadtgebiet«	10
»Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden, solidarischen Bekämpfung von Drogenkriminalität«	13
»Menschenhandel und Zwangsprostitution im Dreiländereck«	17
»Asyl- und Migrationspolitik und der Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus«	23

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

auf Einladung der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag fand am 26. November 2016 in Zittau die Transboundary Parliamentary Networking Conference (TPNC) statt – das grenzüberschreitende Vernetzungstreffen linker parlamentarischer Gruppen aus Polen, Tschechien und Deutschland. Geladen waren parteipolitische Akteur*innen aus den Grenzregionen Niederschlesien, Nordböhmen sowie Sachsen, um sich zu grenzüberschreitenden Problemfeldern auszutauschen und zu verständigen.

Ziel war es, die Zusammenarbeit von progressiven parlamentarischen und parteilichen Kräften auf- und auszubauen. Es war die erste Vernetzungskonferenz, bei der sich die Parteien RAZEM, Zieloni (Polnische Grüne; jeweils Niederschlesien), Změna, KSČM (beide Nordböhmen) und DIE LINKE zu den Schwerpunktthemen Umwelt- und Verkehrspolitik sowie zur Sicherheits- und Gleichstellungspolitik verständigten.

Die Themen der Konferenz, auf die sich die Beteiligten im Vorfeld geeinigt hatten, wurden in zwei verschiedenen Formaten diskutiert. In simultan übersetzten Panels ging es um konkrete grenzüberschreitende Anliegen. Jeweils zu Beginn legten die Vertreter*innen der einzelnen Regionen ihre jeweiligen Sichtweisen dar. Dem folgte eine moderierte Diskussion, bei der versucht wurde, eine grenzüberschreitende Problemfrage zu erörtern. Teilweise parallel dazu gab es englischsprachige Workshops zu speziellen Probleme in den Regionen. Sie dienten als Plattform für den Informationsaustausch und dazu, Anregungen für die eigene politische Arbeit zu geben.

Eröffnet wurde die TPNC mit ihren 48 Teilnehmer*innen mit Grußworten von Jan Korytář (Změna), Maciek Jabłoński (RAZEM) und Jerzy Niczyoruk (Zieloni). Sie betonten, wie wichtig die Vernetzung progressiver linker Kräfte ist, vor allem in Zeiten einer erstarkenden Rechten in Europa. Man teilte den Wunsch, dass die trinationale Konferenz dem Erfahrungsaustausch dienen und einen Beitrag zu grenzüberschreitender linker Zusammenarbeit leisten möge.

Gegenwärtig steht die Europäische Union durch den enormen Rechtsruck der letzten Jahre in fast allen europäischen Ländern vor sehr großen Herausforderungen, die nur mit einer starken Linken, die sich regelmäßig austauscht, strategisch abstimmt und politisch handelt, bewältigt werden können. Ein

soziales Europa ist nur möglich, wenn Merkel, Schäuble und Juncker von ihrem neoliberalen Kurs der Sozialkürzungen, der Eurokrisenpolitik, von TTIP und CETA abgebracht werden. Es muss endlich ein Kurswechsel vollzogen werden, der den sozialen Ungleichheiten Einhalt gebietet, die bislang stetig gefördert wurden. Das Ziel bleibt, gemeinsam ein soziales Europa zu schaffen!

Rico Gebhardt

Fraktionsvorsitzender

Anja Klotzbücher

Sprecherin für Europapolitik

»Die Zukunft des Öffentlichen Personennahverkehrs im Dreiländereck«

Input Sachsen

Die erste Präsentation handelte von der »Zukunft des Nahverkehrs im Dreiländereck« und wurde von Marco Böhme (Mitglied des Sächsischen Landtages, Sprecher der Linksfraktion für Klimaschutz, Energie und Mobilität) vorbereitet. Da er leider krankheitsbedingt verhindert war, übernahm Eric Friedrich den Vortrag.

Zunächst gab es einen Überblick über den Aufbau des Nahverkehrs in Sachsen. Dieser ist in fünf Verkehrs- und fünf Zweckverbände aufgeteilt. Die Zweckverbände managen den gesamten ÖPNV, indem sie die Fahrpläne sowie die Fahrzeuge festlegen. Die Verkehrsverbände sind für die Tarifgestaltung zuständig. In Sachsen wird der schienengebundene Nahverkehr zu etwa 70 Prozent vom Staat finanziert, beim restlichen ÖPNV (beispielsweise der Nahverkehrsanbindung in Städten) liegt die staatliche Bezuschussung bei lediglich 30 Prozent. Dieser enorme Kostenunterschied kommt dadurch zustande, dass es beispielsweise Trassengebühren oder Stationsgebühren für den Schienenverkehr gibt.

Bei einem Blick auf das sächsische Verkehrsnetz zeigt sich, dass sich dieses vor allem um die Großstädte konzentriert. Gerade mit Blick in die Grenzregion lässt sich erkennen, dass die Netze hier verhältnismäßig schlecht ausfinanziert sind und mit Blick auf die nächsten Jahrzehnte die Gefahr besteht, dass der Nahverkehr von der ökologischeren und nutzer*innenfreundlicheren Schiene auf den kostengünstigeren Bus umgewandelt werden muss. Die wenigen grenzüberschreitenden Nahverkehrsangebote sind von deutscher Seite her nicht konkurrenzfähig zum motorisierten Individualverkehr.

Der Landesverkehrsplan Sachsen stellte vor einigen Jahren fest, dass das Mobilitätsbedürfnis seit der Öffnung der nationalen Arbeitsmärkte für EU-Bürger*innen 2011 steigt – sowohl im Pendel- als auch im Freizeitverkehr. Als Reaktion wurden die Straßen und Autobahnen weiter ausgebaut, wohingegen das Angebot im Nahverkehr gering bleibt. Die Anbieter beziehen sich aktuell jedoch auf eine zu geringe Nachfrage, die es laut dem Landesverkehrsplan allerdings nicht gibt, und unterlassen Investitionen in das grenzüberschreitende Nahverkehrsnetz. Von diesem Teufelskreis profitiert vor allem der PKW-Verkehr, der noch attraktiver wird.

Input Niederschlesien

Den anschließenden Vortrag zur »Zukunft des öffentlichen Nahverkehrs im Dreiländereck« hielt Dr. Konrad Rychlewski von der polnischen Partei RAZEM. In Niederschlesien zeige sich eine ähnliche Situation wie in Sachsen. Es gebe fast keine Förderung für den ÖPNV, stattdessen wurden etwa 20 Prozent des Schienennetzes in den letzten Jahren außer Betrieb genommen. Dem gegenüber stehe der Ausbau des Straßennetzes mit ungefähr 3.000 Kilometern. Die Zahl der zugelassenen PKW stieg in Polen von 4,8 Millionen im Jahr 1989 auf 18-20 Millionen 2016. Die Pläne der Regierung sehen auch weiterhin die Förderung des Autoverkehrs im Mittelpunkt, so Rychlewski. So sollen bis 2030 auf 4.000 Kilometer Straßenerneuerungen nur 100 Kilometer Schienennetz-Erneuerung fallen. RAZEM fordere, von der polnischen Seite den Schienenverkehr insgesamt attraktiver zu gestalten. Dies gelte auch für die Fuhrparks, die kein attraktives Gegenangebot zum PKW darstellen. Weiterhin fordert die Partei, dass die Kosten für die Nutzung des ÖPNV reduziert werden. Außerdem will RAZEM, dass die Betreiber*innen des Schienenverkehrs lediglich die realen Kosten der Netznutzung zu zahlen haben. Gegenwärtig werden alle Kosten auf die Betreiber*innen umgelegt, unabhängig davon, ob und wie eine Strecke genutzt wird.

Input Nordböhmen

Abschließend kamen zwei Kurzreferate von nordböhmischer Seite – von Jan Zeman und von Miroslav Hudec, beide von der KSČM. Zeman erklärte, dass der Autobahn-, Luft- und Wasserverkehr auf tschechischer Seite prioritär seien. Modernisierungen und Reparaturen seien zumindest in den letzten Jahren wieder angefangen worden und würden zunehmend angestrebt. Das maßgebliche Problem in Nordböhmen liege in der Planung für Baumaßnahmen. Dabei werde weniger der Bedarf abgedeckt, vielmehr würden die Interessen von Lobbyverbänden befriedigt.

Anschließend erklärte Miroslav Hudec, dass die Straßen Tschechiens nicht für die momentane Masse an Autos konzipiert worden seien. Man könne sich Milliardenersparungen sparen, wenn der Verkehr mehr auf die Schiene verlagert würde. Hierfür müsse die Attraktivität des Schienenverkehrs stark erhöht werden. Hauptproblem seien die Fahrzeiten. Benötige eine Person mit dem PKW für eine Strecke eine Stunde, so müsse sie bei der Fortbewegung mit dem Nahverkehr etwa eine halbe Stunde mehr Zeit einrechnen. Bei Verbindungen mit Umsteigestationen verzögere sich die Fahrzeit noch weiter. Schon allein wegen der Zeitersparnis nutzten viele Menschen den PKW anstelle der Bahn. Hinzu komme das große Problem des Nahverkehrs: Der Fahrpreis wird mit dem Kauf

einer Fahrkarte sofort angezeigt, wohingegen das Auto viele für die einzelne Fahrt unsichtbare Kosten verursacht. Diese Faktoren führten dazu, dass heute teilweise Leerzüge fahren, während die Bahnen einst voller waren.

Diskussion

Zunächst wurde festgestellt, dass die Problemlagen in allen drei Regionen ähnlich sind, der Bedarf an Investitionen in den Schienenverkehr ist sehr hoch. Ebenso wurde nach der Einstellung zu einem kostenfreien Nahverkehr gefragt. In Tschechien gibt es bereits in wenigen, kleinen Städten einen kostenfreien Stadtverkehr. Dieser könnte auch noch stärker den Straßenverkehr entlasten, allerdings bleibt die hauptsächliche Förderung im Bereich der Straße. In Polen können Kinder unter sechs Jahren und Senior*innen über 60 Jahren den Nahverkehr kostenfrei nutzen, aktuell wird eine kostenfreie Nutzung für Studierende diskutiert – diese wird befürwortet. Eine prinzipiell kostenfreie Nutzung wird aber auch skeptisch betrachtet, da ein Sinken der Qualität befürchtet wird. Eine hohe Qualität ist jedoch im Wettbewerb mit dem PKW-Verkehr sehr wichtig. In Deutschland gilt es gerade im ländlichen Raum, den ÖPNV überhaupt erst einmal wieder außerhalb der Schüler*innenbeförderung in Takt zu bringen. Bei einer solchen Lage ist im ländlichen Raum nicht an einen kostenfreien ÖPNV zu denken. In städtischen Bereichen (beispielsweise Leipzig) diskutiert die Linke ein fahrscheinfreies Nahverkehrskonzept.

In der Debatte über die Fahrpreise wurde weiterhin festgestellt, dass zwar kostengünstige Angebote für Gruppenfahrten im Dreiländereck existieren. Es fehlt jedoch an den wirklich kostengünstigen Einzelfahrten, die den Nahverkehr für Pendler*innen attraktiver gestalten würden. Nahverkehr sollte in einem gemeinsamen Europa auch eine europäische Aufgabe sein. So könnten die Qualität sowie Preisermäßigungen auch über die Grenzen hinweg garantiert werden. Einen ersten Schritt hierfür könnte eine einheitliche Tarifzone und damit einhergehend ein einheitliches Ticket im Dreiländereck darstellen.

»Zum Für und Wider der Elbstaustufen«

Input Sachsen

Das zweite Panel wurde durch ein erstes Referat von Dr. Jana Pinka (Mitglied des Sächsischen Landtags, Sprecherin für Umweltpolitik und Ressourcenwirtschaft der Linksfraktion) eröffnet. Zunächst stellte sie die technischen Details der geplanten Staustufe sowie die zu erwartenden Kosten vor. Mit Blick auf die Entwicklung der Elbschifffahrt verwies sie zunächst darauf, dass es zwischen Tschechien und Deutschland seit 2006 ein Abkommen zur Schifffahrtsnutzung gibt. Allerdings ist das Schifffahrts-Aufkommen auf der Elbe rückläufig. Grund hierfür sei vor allem, dass eine durchgängige Beschiffung aufgrund der stark schwankenden Pegelstände im Sommer nicht gewährleistet werden kann. In den kommenden Jahren wird der durchschnittliche Wasserpegel der Elbe laut wissenschaftlichen Erkenntnissen weiter sinken. Dabei wird die angestrebte Fahrrinnentiefe von 1,60 Meter (Dresden stromabwärts) sowie 1,50 Meter (Dresden stromaufwärts) an 345 eisfreien Tagen im Jahr schon seit längerem nicht mehr erreicht. Außerdem besitzt die Elbe niedrige Wasserabflüsse sowie ein bewegliches Flußbett. Es gebe keine Garantie, dass dieses Problem mit der Errichtung neuer Staustufen behoben werden kann. Stattdessen werde durch den Eingriff in den Landschaftscharakter der Sächsisch-Böhmischen Schweiz das Elbstandsteingebirge als UNESCO Weltnaturerbe gefährdet. Außerdem drohe ein Verlust der Artenvielfalt in der Elbe, da die Überlebenschancen für die Tiere im betroffenen Gebiet stark schwinden werden.

Input Nordböhmen

Als weitere Referenten traten in diesem Panel zunächst Lukáš Pařízek von der KSČM sowie anschließend Dr. Jan Bukovsky von der Direktion der tschechischen Wasserwege auf. Pařízek betonte, dass die Elbe einen wichtigen Handelsweg für Tschechien darstellt und vollumfänglich als Wirtschaftsweg nutzbar sein sollte, was sie bisher nicht sei. Durch die stark schwankenden Pegelstände sei die Elbe maximal 269 Tage im Jahr überhaupt für die Schifffahrt nutzbar. Außerdem fließe die Elbe vereinzelt über massive Felsgebiete; an solchen Stellen sei auch eine Elbvertiefung beziehungsweise eine Staustufe nicht möglich. Zwar sieht auch Pařízek, dass die Elbstaustufen erhebliche Umweltprobleme verursachen werden, so u. a. eine mögliche Vertreibung der Elb-Biber (größte Biber-Art, die keine Dämme baut). Dennoch sei die Elbe als Handelsweg notwendig. Als Alternative zu den geplanten Elbstaustufen schlägt Pařízek das Modell eines Bypasses vor. Dieses sieht einen alternativen Kanal mit einer Schleuse vor, um Engstellen beziehungsweise flache Stellen zu umfahren. Mit zweien solcher

Bypässe könne derselbe Effekt erzielt werden wie durch die Staustufe. Das wäre nicht nur eine umweltfreundlichere, sondern auch eine günstigere Methode. Die Kosten lägen mit etwa drei Milliarden Euro weit unter den Kosten einer Staustufe, die bei circa zehn Milliarden Euro liegen würden.

Dr. Bukovsky erklärte zunächst die Motive für den Bau von Staustufen. Das wichtigste Ziel sei der Erhalt der Elbe als Schifffahrtsweg. Wasserwege stellten zudem einen sicheren (niedrigste Unfallhäufigkeit) und kostengünstigen Gütertransportweg dar und entlasteten das Straßennetz enorm. Immerhin ersetze ein Güterschiff zwischen 32 und 42 LKWs und sei dadurch auch ökologisch verträglicher als ein Transport über die Straße. Außerdem müsse die Hafenanbindung in Tschechien erhalten bleiben, um die Binnenwirtschaft weiter zu stärken. Die Staustufen würden jedoch nicht nur Vorteile für Tschechien, sondern auch für Sachsen bringen. Der Elbepegel wäre erst durch die Staustufen und Talsperren auch auf sächsischer Seite ausgleichbar. Alternativen zu den Staustufen, beispielsweise flachgehende Schiffe, seien bereits geprüft worden; sie hätten sich als ökonomisch unrealistisch herausgestellt. Die ökologischen Probleme sieht Dr. Bukovsky nicht. Die Erhaltung von Fischarten solle durch Fischtreppen gewährleistet werden; zudem sollten zusätzliche Renaturierungs- und Kompensationsmaßnahmen stattfinden.

Diskussion

Zunächst ging es grundsätzlich um Wasserwege. Anstelle der Wasserwege solle vorzugsweise das Schienennetz ausgebaut werden, um auch mehr Transportwege bewältigen zu können. Doch die fehlenden Kapazitäten des Schienenverkehrs könnte die – in Westeuropa stetige wachsende – Schifffahrt nicht ersetzen. Die Umlagerung auf die Straße und den LKW-Verkehr wird sowohl aus ökologischer Sicht, als auch unter Berücksichtigung der dadurch steigenden Lärmbelastung für die Bewohner*innen abgelehnt. Unter Berücksichtigung der Faktoren Wirtschaftlichkeit, Soziales und Ökologie muss festgehalten werden, dass nur etwa ein Prozent der tschechischen Transporte auf dem Wasserweg erfolgen. Der enorme Eingriff in die Landschaft Tschechiens lässt sich also nur schlecht über eine wirtschaftliche Notwendigkeit rechtfertigen. Auf polnischer Seite gibt es ähnliche Erfahrungen mit den Wasserwegen der Oder. Hierbei spielt die Ökonomie auch eine wesentliche Rolle in der Bewertung der Oder-Bewirtschaftung. Am Ende einigten sich die Teilnehmer darauf, dass ein Transportweg über die Schiene aus linker Sicht präferiert wird.

»Windenergie in Sachsen als alternative Energiequelle« und »Probleme mit Smog im Stadtgebiet«

Input Sachsen

Björn Reichel (Mitarbeiter von Anja Klotzbücher, stellvertretend für Marco Böhme) führte zum Thema Stärkung der Windenergie in Sachsen – unter Beteiligung der lokalen Behörden und Bürger*innen – aus. Er referierte zu Zielen und Maßnahmen zur Stärkung der erneuerbaren Energien in Sachsen, insbesondere der Windenergie. Es solle ein dezentralisierter Energieübergang mit demokratischer Beteiligung von unten angestrebt werden, um die Energieversorgung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energieressourcen, insbesondere der Windkraft, zu gewährleisten. Als Basis dient das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das im Jahr 2000 in Kraft trat. 2015 deckten erneuerbare Energieträger etwa 30 Prozent des nationalen Energiebedarfs ab, dabei lag der Anteil der Onshore-Windkraft bei zwölf Prozent. 2016 reformierte die Bundesregierung das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Die Novelle verteuere, so Reichel, die Expansion der Windkraftanlagen so sehr, dass kaum jemand sie sich leisten kann. Vor allem Kleinanbieter*innen seien nicht in der Lage, ob der finanziellen Unsicherheiten zu expandieren oder zu investieren. Das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz werde den Ausbau der erneuerbaren Energien im Ganzen begrenzen. Es begünstige die Expansion der großen Akteur*innen im Geschäft. Eine demokratische Beteiligung durch die Bürger*innen werde ebenfalls nicht gewährleistet.

Die rechtlichen Maßnahmen der Bundesregierung seien schlechte Anzeichen für den Ausbau der erneuerbaren Energien, doch die Staatsenergiepolitik in Sachsen sei noch schlimmer. Der Fokus der Landesregierung liege auf der Kohleproduktion. Auch wenn das Ende der fossilen Energien absehbar ist und die Klimaziele von Paris das Ende der fossilen Produktion spätestens bis 2050 versprechen, bestehe die Landesregierung Sachsen auf der Kohleproduktion in der Lausitz und in den angrenzenden Regionen. Deshalb stagniere in Sachsen der Ausbau der erneuerbaren Energien. Lediglich 20 Prozent des sächsischen Energiebedarfs werden aus erneuerbaren Quellen gedeckt, 2015 wurden nicht mehr als 30 Windkraftanlagen installiert. Damit liegt Sachsen unter dem Bundesdurchschnitt. Die Landesregierung habe keine eigenen Energie- oder Expansionsziele und schränke die Windkraftausweitung in den regionalen Planungsprozessen stark ein. Auch führe die Angst vor negativen Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen zu Protesten und Widerstand gegen die Windenergieerweiterung in den Gemeinden. Die Staatsregierung nutze diese Vorbehalte für die Begründung ihrer hemmenden Politik.

Nichtsdestotrotz halte DIE LINKE am Transformationsprozess fest, gerade auch um Arbeitsplätze im erneuerbaren Energiebereich zu schaffen. Die Energiewende sei auch eine soziale Herausforderung. Mit der Möglichkeit der demokratischen Teilhabe beim Prozess der Energietransformation soll die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöht werden. Es gelte, die kritische Situation zu erläutern und die Aufmerksamkeit auf zukünftige Klima-, Umwelt- und Ökonomieentwicklungen zu lenken. Das bedeute auch, die Bevölkerung in den Prozess einzubeziehen. Nur wenn die Menschen einen Teil der Entscheidung mittragen und das Recht haben mit zu diskutieren, würden sie die z. B. Standortentscheidungen für Windkraftanlagen akzeptieren. Darüber hinaus sollten sie finanziell von der lokalen Energierückgewinnung profitieren.

Deshalb bringe die Linksfraktion im Sächsischen Landtag ein Gesetz für die Beteiligung der Bevölkerung und der lokalen Behörden bezüglich der Windenergieanlagen ein. Die Unternehmen müssten den örtlichen Einwohner*innen und den örtlichen Behörden Beteiligungen an den Windparks anbieten. So könnten die Menschen von der Energiegewinnung vor ihren Türen profitieren. Insgesamt gebe es nicht viele Möglichkeiten, die Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen auf der staatlichen Ebene zu stärken, weil die Expansionsquoten von der Bundesregierung begrenzt werden. Dennoch könne die Landesregierung lokale Energie-Innovationen fördern, beispielsweise für die Selbstversorgung, oder Maßnahmen zur Erhöhung der Akzeptanz des Energieübergangs ergreifen. Dafür werde die Linksfraktion streiten.

Input Niederschlesien:

Der Fokus des Vortrages von Joanna Lebidzińska (Polnische Grüne: Partie Zieloni) zum Thema »Kohlenutzung und Smog in Niederschlesien und die Auswirkungen auf die Nachbarländer« lag auf dem Smogaufkommen der Region Breslau. Um das Problem zu veranschaulichen, griff sie auf die Quelle www.windytv.com zurück, die dieses Problem verdeutlicht. Die Emission von CO₂ in dieser Region gehe auf die Nutzung der Braunkohle zur Energiegewinnung zurück. Der Smog in Breslau gehe auch auf die Verbrennungsmotoren im Stadtverkehr zurück. Lebidzińska verwies auf daraus entstehende Gesundheitsschäden, etwa die Erhöhung der Zahl der Krebserkrankungen. Nicht wenige Menschen im südlichen Polen sterben an den Auswirkungen der Luftverschmutzung. In Krakau wurde, erstmalig in der Stadtgeschichte, Smogalarm ausgerufen; die Behörden boten PKW-Eigentümer*innen die kostenlose Nutzung des ÖPNV an. Das sei auch in Polen der erste Fall dieser Art gewesen.

Zwar sei ein europäisches Programm zur Umrüstung von Kohleöfen initiiert worden. Es wurde allerdings nur ungenügend beworben. Auch gebe es in Polen keine genormten Öfen, weshalb der Schadstoffausstoß nicht durch umweltfreundlichere Normen verringert werde. Die privaten Haushalte gewannen ihre Wärme zu etwa 70 Prozent aus Kohle und zu 13,5 Prozent aus Gas.

Erste Reaktionen der Behörden kämen zum Beispiel aus Krakau, wo bis 2020 eine Reduzierung der Kohleöfen umgesetzt werde. Dazu müssten aber auch (z. B. finanzielle) Anreize geschaffen werden. Auch garantiere der Neubau nicht, dass die Zahl der Kohleöfen sinkt. Monopolist*innen auf dem Gebiet der Gasheizungen bzw. Gasanlagen verhinderten eine verbreitete Installation selbiger.

Das bisherige Programm zur Transformation der Kohleöfen, das Projekt »Kafka«, sei gestoppt worden.

Es sei nicht sehr bekannt gewesen und deshalb von der Regierung als ineffizient eingeschätzt worden. Die diesbezügliche EU-Förderung habe die polnische Regierung kaum genutzt.

Auch sei es in den städtischen Wohnkomplexen schwierig, eine gemeinsame, umweltfreundliche Linie zu finden. So könne es mitunter vorkommen, dass einige Wohnungen privaten und öffentlichen Trägern gehören, aber das gesamte Haus einen gemeinsamen Energienutzungsvertrag abschließen muss.

Input Nordböhmen

Maciej Słobodzian (KSČM) sprach zum Thema »Nicht vorhandene Nutzung von Strom/Energie durch die Inkompatibilität der örtlichen Energienetze«. Tschechien habe ebenso ein Förderprogramm zur Transformation der Kohlenutzung. Das Land könne von der deutschen Windenergie-Verstromung und deren Exporten nach Österreich profitieren. Dazu brauche es eine Gesetzesänderung in den entsprechenden Ebenen, auch die Energienetze müssten dafür umgebaut werden.

»Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden, solidarischen Bekämpfung von Drogenkriminalität«

Input Sachsen

Das dritte Panel behandelte die »Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden, solidarischen Bekämpfung von Drogenkriminalität« und wurde von Enrico Stange (Mitglied des Sächsischen Landtages, Sprecher der Linksfraktion für Innenpolitik) präsentiert. Das Referat von Dr. Ivan Langer aus Liberec fiel leider kurzfristig aus.

Stange begann seinen Vortrag damit, die Sachverhalte »Grenzüberschreitende Kriminalität« und »Drogenkriminalität« definitorisch zu schärfen. Eine Straftat ist laut dem Übereinkommen der Vereinten Nationen grenzüberschreitender Natur, wenn sie nach Artikel 3 Abs. 2

- a) in mehr als einem Staat begangen wird;
- b) in einem Staat begangen wird, jedoch ein maßgeblicher Teil ihrer Vorbereitung, Planung, Leitung oder Kontrolle in einem anderen Staat stattfindet;
- c) in einem Staat begangen wird, jedoch eine organisierte kriminelle Gruppe an ihr mitwirkt, die in mehr als einem Staat kriminellen Tätigkeiten nachgeht, oder
- d) in einem Staat begangen wird, jedoch erhebliche Auswirkungen in einem anderen Staat hat.

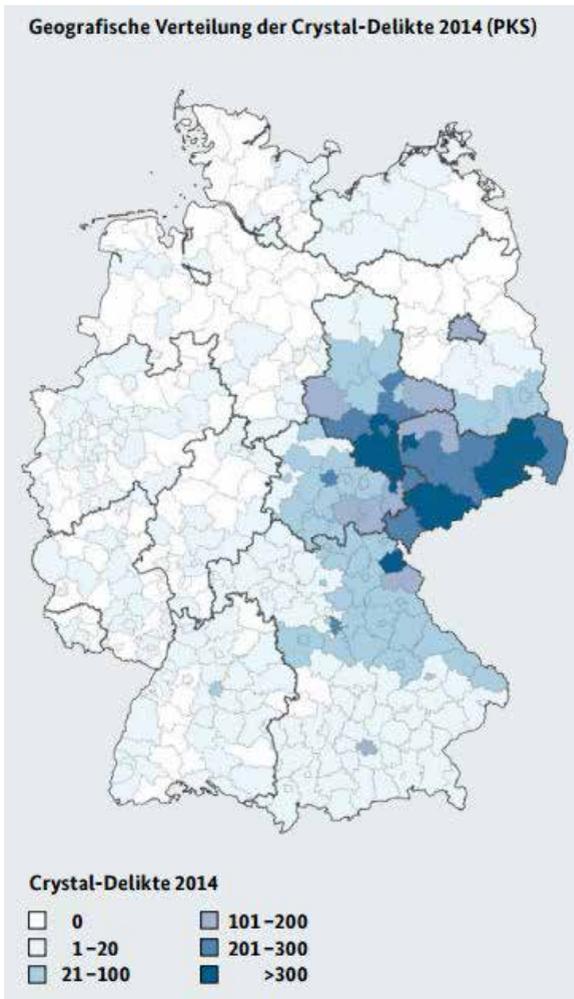
Zur nationalstaatlichen grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität komme die rasante Entwicklung im Bereich Cybercrime, was die »Räume« und Deliktfelder der grenzüberschreitenden Kriminalität erheblich erweitert.

»Drogenkriminalität« lässt sich, laut Definition der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht, in vier Kategorien unterteilen:

- *Psychopharmakologisch* bedingte Straftaten (Straftaten, die unter dem Einfluss psychoaktiver Substanzen infolge eines akuten oder chronischen Konsums begangen werden)
- Straftaten aus *wirtschaftlichen* Zwängen [Straftaten, mit denen Geld (oder Drogen) für den Drogenkonsum beschafft werden]
- *Systembedingte* Straftaten (Straftaten, die im Rahmen illegaler Drogenmärkte begangen werden und die mit dem Drogenhandel und dem Konsum von Drogen im Zusammenhang stehen)
- *Verstöße gegen Drogengesetze* (Straftaten, die gegen die Drogengesetzgebung und andere damit zusammenhängende Gesetze verstoßen)

Grenzüberschreitende Drogenkriminalität umfasse ein weites Spektrum, von Produktion und Handel bis hin zu Konsum und Beschaffungskriminalität bzw. Hehlerei.

Im Anschluss nahm Stange Bezug auf den grenzüberschreitenden Drogenhandel zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik. Eine Übersicht zu Straftaten in Verbindung mit der Droge Crystal im Jahr 2014 zeigt, dass diese vor allem im grenzüberschreitenden Raum auftreten:



Quelle: BKA
Bundeslagebild Rauschgift
2014

Wichtig bei der Auseinandersetzung mit dem Deliktfeld Rauschgiftkriminalität sei, dass dies ein Kontrolldelikt ist. Weniger Kontrollen bedeuteten also weniger bekannte Straftaten. Die gelegentlichen Großkontrollen an den Grenzen sind laut Stange kein Ersatz für eine regelmäßige Präsenz von Streifenbeamten, die durch Personalabbau bei der Polizei stark zurückgegangen ist.

Provokant gefragt: Wären also die Wiedereinführung von Grenzkontrollen und das Ende von Schengen eine Lösung? Mit Sicherheit nicht, so Stange, da Ausweichbewegungen die stationären Grenzkontrollen in ihrer Wirksamkeit unterlaufen würden. Nötiger wären hier mehr gezielte, erfahrungsbedingte und regelmäßige Kontrollen durch die Polizei und natürlich eine stärkere länderübergreifende Zusammenarbeit der Polizei in Form von gemeinsamen Streifen und Sprachkursen. So wurden 2015 insgesamt 246 gemeinsame Deutsch-Tschechische Polizeistreifen durchgeführt, im 1. Halbjahr 2016 waren es bisher 103. In den Jahren 2013 bis 2015 absolvierten 72 sächsische Polizeibeamte Sprachkurse in Polnisch und 26 Sprachkurse in Tschechisch.

Stange sprach sich dafür aus, einen deutlich stärkeren Fokus auf die kriminalpolizeiliche Bekämpfung der Organisierten Kriminalität zu legen und nicht auf die Kontrolle der Kleinstkriminalität im Straßenhandel. Dafür bedürfe es allerdings einer personellen Stärkung des Landeskriminalamtes. 2006 gab es dort 54 Sachbearbeiter für Organisierte Kriminalität, 2014 waren es zehn Stellen weniger.

2012 seien noch 20 Verfahrenskomplexe bearbeitet worden, 2013 schon 23, 18 im Jahr 2014. Die Fachkommission der Regierung, die sich mit dem Personal der Polizei befasste, empfehle fünf Sachbearbeiter pro Verfahrenskomplex. Demnach seien 2014 insgesamt 90 anstelle der 44 Sachbearbeiter erforderlich gewesen. Als Beispiel führte Stange das Ergebnis einer Großkontrolle im gesamten Stadtgebiet Leipzig am 16.10.2012 an. Die Quelle zeige, dass dieser Einsatz kaum relevante Erfolge mit sich brachte. Erreicht worden seien hauptsächlich Kleindealer und Abhängige.

Anzahl	Straftat			
21	BtMG			
	Cannabis	Crystal	Speed	Marihuana
	Geringe Mengen	Geringe Mengen	Geringe Mengen	Geringe Mengen
3	WaffG			
3	Diebstahl			
1	Beleidigung			
1	PflichtVG			

Quelle: Drs 6/275

Wichtig sei es, Repression nur als eine Säule im Umgang mit Drogenkriminalität zu begreifen. Prävention, Therapie, Beratung und medizinische Betreuung müssten ihr gleichwertig sein. Drogenprävention sei natürlich nicht nur Aufgabe der Polizei. Allerdings werde sie von Schulen am häufigsten angefragt, was zeige, wie notwendig eine gute polizeiliche Präventionsarbeit ist. Die Fachkräftesituation dort sei allerdings nicht ausreichend, sie stagniere.

Das Ziel liegt laut Stange in der grenzüberschreitenden Vernetzung. Es müsse darum gehen, eine grenzübergreifende Perspektive in Bezug auf soziale Prävention und Fragen der Kooperation zu entwickeln.

»Menschenhandel und Zwangsprostitution im Dreiländereck«

Input Sachsen

Das in englischer Sprache abgehaltene Panel wurde vom sächsischen Landtagsabgeordneten Enrico Stange, Sprecher der Linksfraktion für Innenpolitik, zunächst mit einer rhetorischen Frage eingeleitet: Weshalb sind Probleme des Menschenhandels und der Zwangsprostitution gerade unter grenzüberschreitenden Aspekten wichtig? Die Antwort: Im Zuge des europäischen Integrationsprozesses und dem Beitritt Polens und der Tschechischen Republik zum Schengen-Abkommen hätten sich die Möglichkeiten für den freien Verkehr von Waren und Menschen erheblich erweitert – allerdings sowohl für legale als auch für illegale Zwecke. Mit den tausenden Asylsuchenden habe sich die Zahl an Menschen, die täglich Grenzen innerhalb der EU weitgehend frei überschreiten, erheblich vergrößert. Vor diesem Hintergrund sei auch von einem dramatischen Anstieg des Menschenhandels auszugehen. Auch gebe es offensichtlich eine vielfältige Verbindung zwischen Immigration und Menschenhandel. Zum Beispiel seien gehäuft Fälle des sexuellen Missbrauchs allein reisender Frauen und Mädchen bekannt.

Auch terroristische Bedrohungen, die mit unter den Geflüchteten eingeschleusten Personen in Zusammenhang gebracht werden, hätten die Sicherheitslage und die subjektive Wahrnehmung von Sicherheit in den EU-Mitgliedstaaten verändert. Die Europäische Union versuche, darauf mit neuen politischen und rechtlichen Konzepten zu antworten, zum Beispiel mit der im Frühjahr 2015 vorgelegten Sicherheitsagenda bzw. der Agenda für Migration. Beide liefen auf eine weitere Stärkung der »Festung Europa« hinaus. Konservative und rechtsradikale Bewegungen surften auf dieser Welle von Unsicherheitsgefühlen. Es gelte, einen alternativen, komplexeren, auch humaneren, solidarischeren und integrativeren grenzüberschreitenden Ansatz gegen diese Entwicklungen zu entwerfen.

Teil I: Die Komplexität des Phänomens des Menschenhandels

In einem ersten Teil führte Stange einige Gedanken zu den Haupterscheinungsformen des Menschenhandels aus, zu seiner Verbindung zur Organisierten Kriminalität, den grenzüberschreitenden Aspekten sowie seiner Widerspiegelung in der Sicherheitspolitik und der Arbeit der Sicherheit- und Justizbehörden. In seiner auf Sachsen und die grenzüberschreitenden Bezüge bezogenen

Darstellung stützte er sich wesentlich auf die Auswertung der Expertendebatte beim Treffen der europäischen Kriminologen der European Society of Criminology im September 2016 in Münster. Dort waren wesentliche Entwicklungstrends schwerer Kriminalität sowie der Kriminalitätskontrolle debattiert worden, die auch für Sachsen gelten.

Danach ist davon auszugehen, dass grundlegende Formen des Menschenhandels gerade auch im Zuge der illegalen Einschleusung von Geflüchteten im Zusammenhang mit Prostitution und sexuellem Kindesmissbrauch auftreten. Sie stehen oft in Verbindung mit krimineller Ausbeutung zur Begehung von Diebstählen, Einbrüchen, Taschendiebstählen, Zwangsheirat, Schwarzarbeit, Drogenhandel oder der Einschleusung von terroristischen Unterstützern. Auch seien Formen nicht zu unterschätzen, die der Öffentlichkeit zwar abstrakt bekannt sind, deren konkrete Verbreitung aber kaum erfasst sei. In einer kürzlich veröffentlichten polnischen Studie erklärten ein bis zwei Prozent der Befragten, dass sie selbst oder jemand aus Ihrem Bekanntenkreis Opfer von Organhandel geworden seien. Auch seien Fälle von Leihmutterchaft (Surrogacy), des Verkaufs befruchtungsfähiger menschlicher Eizellen oder illegaler Adoption von Kindern bekannt. Menschenhandel sei damit insgesamt eine profitorientierte illegale Weise, Menschen und Teile des menschlichen Körpers im 21. Jahrhundert zu vermarkten.

Der Zusammenhang zur organisierten Kriminalität und zu weiteren Formen von Kriminalität, die in Netzwerken grenzüberschreitend stattfindet, sei offenkundig. So seien der Handel mit leichten Waffen oder Drogenhandel/Legal Highs oft mit Netzwerken des Menschenhandels verbunden. Ebenso würden Drogenhandel, Geldwäsche und Cybercrime von derartigen Netzwerken betrieben. Insbesondere das Internet (Darknet, Bitcoin etc.) werde von kriminellen Gruppen zur Kommunikation und Organisation krimineller Geschäfte zunehmend auch grenzüberschreitend genutzt. Diese besondere Rolle der Kriminalität im Netz (Internet Marketing, soziale Netzwerke ...) werde in Zukunft gerade auch mit Blick auf den Menschenhandel wichtiger, was eine Herausforderung für die grenzüberschreitende Verfolgung darstelle.

Es bestünden auch Verbindungen zur Korruption, da ein systematischer und auf längere Zeit durchgeführter Menschenhandel völlig ohne Verbindung zu legalen Strukturen der Gesellschaft nicht durchführbar sei. Im Rahmen der Untersuchungen zum so genannten »Sachsensumpf« seien eine Reihe solcher Zusammenhänge für Sachsen reflektiert worden. Hervorzuheben sei, dass häufig auch Geflüchtete zum Schmuggeln von Drogen missbraucht und in der Folge selbst kriminalisiert würden.

In Bezug auf den **grenzüberschreitenden Charakter des Menschenhandels** mit Blick auf Polen, die Tschechische Republik und Sachsen wies Stange darauf hin, dass in der bezeichneten geographischen Lage die Transitzone für den illegalen Handel und Schmuggel aus Südosteuropa und dahinterliegende Länder bis hin zu Afghanistan liege. Deshalb müssten der Menschenhandel und die mit ihm verbundenen schweren Kriminalitätsformen grenzüberschreitend betrachtet werden. Wenn man von diesem Lagebild (das hier nur vereinfacht und skizzenhaft dargestellt werden kann) ausgehe, ergäben sich verschiedene Perspektiven, unter denen politische Entscheidungen zur **Kriminalitätskontrolle, zur Gesetzgebung, Rechtsanwendung durch Polizei- und Sicherheitsbehörden sowie zur Justiz als auch für die öffentliche Behandlung** (Medien) zu betrachten sind. Dabei sei festzustellen, dass die Agenda 2030 der Vereinten Nationen zur nachhaltigen Entwicklung [Sustainable Development Goals 2030 (SDGs)] die Beseitigung des Menschenhandels als einen Leistungsindikator bestimme, anhand dessen der Fortschritt der Länder gemessen werden soll. Wenngleich die EU-Pläne zur Gesetzgebung 2017 (siehe Jahresarbeitsplan der europäischen Kommission) auch auf eine Stärkung der inneren Sicherheit der Mitgliedsstaaten und damit auf die Zurückdrängung des Menschenhandels abzielten, richte sich der Schwerpunkt des Sicherheitskonzeptes nach außen wie auch nach innen eher auf eine restriktive und die »Festung Europa« ausbauende Praxis. Nationale Parlamente und regionale Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnis könnten im Rahmen ihrer Beteiligung am EU-Gesetzgebungsprozess versuchen, dieser Entwicklung zu widersprechen und Alternativen anzubieten.

Wichtig sei in diesem Zusammenhang, dass auf regionaler Ebene nicht überall detaillierte Kenntnisse zum Menschenhandel und seiner Verfolgung vorhanden sind. Weiterbildung im Bereich der Sicherheits- und Justizbehörden erscheinen notwendig. Gerade beim Umfang und der Struktur des Menschenhandels in der Grenzregion Sachsen, Polen, Tschechische Republik sei von einem erheblichen Dunkelfeld auszugehen. Kriminologische Studien seien notwendig. Wenn Strukturen der Organisierten Kriminalität und Mafia nicht sichtbar seien, dürfe das nicht dazu verführen, sie zu unterschätzen. Es gebe Anzeichen dafür, dass es zuweilen am politischen Willen mangle, Menschenhandel konsequent zu verfolgen und auch Verbindungen zu möglichen korruptiven Strukturen in Wirtschaft und Verwaltung aufzudecken. Zudem solle thematisiert werden, inwieweit sich die Öffentlichkeit und die mediale Darstellung von Menschenhandel und grenzüberschreitender Organisierter Kriminalität diesen Bedrohungen mit der nötigen Aufmerksamkeit zuwenden. Man dürfe nicht einer Art Gewöhnung an die Allgegenwart schwerer krimineller Bedrohungen als »normal« verfallen, so Stange.

Aus der Darstellung sollte sichtbar geworden sein, dass es sich beim Menschenhandel nicht um ein abgegrenztes Kriminalitätsphänomen handelt. Wirkliche Erfolge bei seiner Zurückdrängung im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie der Vereinten Nationen sind nur zu erwarten, wenn komplexe Vorbeugungs- und Bekämpfungsstrategien verfolgt werden. Das aber erfordere die grenzüberschreitende strukturelle Verbindung von Sicherheits- und Justizbehörden sowie zivilgesellschaftlichen Strukturen in der Tschechischen Republik, Polen und Sachsen, so Stange. Ein weiteres großes Thema, dem die Politik mehr Aufmerksamkeit widmen müsse, seien der Opferschutz und die vollständige Umsetzung der entsprechenden EU-Rechtsvorschriften.

Teil II: Die Situation in Sachsen

Verschiedene Fraktionen des Sächsischen Landtages haben in der Vergangenheit versucht, von der Staatsregierung Informationen zu Umfang und Struktur der organisierten Kriminalität zu erlangen. Das ist notwendig, um fundierte politische Entscheidungen zur öffentlichen Sicherheit zu treffen, auch was die Vorbeugung und Bekämpfung des Menschenhandels, der Zwangsprostitution sowie weiterer Formen organisierter Kriminalität angeht.

Allerdings scheint die Staatsregierung nicht willens oder nicht in der Lage, hinreichend Auskunft über ein entsprechendes Lagebild zum Menschenhandel zu geben. So wurden in Beantwortung von mehr als 100 Fragen im Rahmen einer Großen Anfrage mit Schwerpunkt Prostitution der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 38 Fragen nicht oder nur unvollständig beantwortet – mit der Begründung, dass die Staatsregierung über keine Kenntnisse verfüge. Weder war die ungefähre Zahl an Prostituierten in Sachsen und deren Entwicklung in den letzten Jahren bekannt, noch wusste die Staatsregierung, wie viele Bordelle, Wohnungen zur Durchführung von Apartmentprostitution bzw. Plätze zur Ausübung der Prostitution auf Straßen in Sachsen existieren.

Enrico Stange führte aus, dass die Staatsregierung – wie ebenfalls der genannten Großen Anfrage zu entnehmen ist – nicht nur zu wenig über Prostitution und Menschenhandel weiß, sondern dass auch keine Bekämpfungsstrategie in Sicht ist. Für sieben der in der Großen Anfrage angesprochenen zentralen Bereiche räumte die Staatsregierung ein, keine entsprechenden Maßnahmen ergriffen zu haben. Auch heute verfolgt sie keine Pläne, zum Beispiel soziale Angebote oder Beratungsstellen für Prostituierte einzurichten.

Aussagen der Staatsregierung zufolge bieten auch Gesundheitseinrichtungen fremdsprachigen Prostituierten keine Konsultationsmöglichkeiten an und

stellen auch keine fremdsprachigen Informationsmaterialien bereit. So ist es für Stange nicht verwunderlich, dass es in Sachsen keine Beratungszentren für den Ausstieg aus der Prostitution gibt. Es bedürfe keiner großen Fantasie, um zu erkennen, dass Anreize zum Menschenhandel im Bereich der Prostitution in einer solchen Atmosphäre nicht abgebaut werden, so der Innenpolitiker.

Teil III: Schlussfolgerungen

Stange fasste vier Aufgabenstellungen zusammen. Erstens müssten sich alternative und linke Akteure und Parteien in den Ländern der Grenzregion vor dem Hintergrund der im Panel diskutierten Problemlagen weiter vernetzen, um die Herausforderungen von Menschenhandel und Zwangsprostitution in die öffentliche Wahrnehmung zu heben. Zweitens erfordere dies mehr Wissen und Analysen über diese Phänomene, um drittens auf der Grundlage eines so entwickelten besseren Verständnisses eine Strategie im Kampf gegen Menschenhandel zu entwickeln. Darüber hinaus könnten sich viertens die möglichen Partner eines solchen grenzüberschreitenden Netzwerks mit den Herausforderungen möglicher Korruption und Verquickung von Behörden mit organisierter Kriminalität befassen.

Diskussion

In der Diskussion tauschten sich die Teilnehmer*innen darüber aus, wie sie in ihren Ländern Informationen zu erlangen versuchen und auf welche Probleme sie dabei stoßen. Es wurde konstatiert, dass Prostitution nicht überall als Problem gesehen werde. So beachte etwa die polnische Regierung nicht, was nach großen Migrationsbewegungen aus der Ukraine und östlicheren Gebieten mit den Menschen passiere. Allerdings nähmen Strip Clubs an jeder Ecke und damit verbunden auch Kriminalität zu, worauf die Behörden nicht reagierten. Die Teilnehmer*innen waren sich einig, dass potentielle Partnerinnen und Partner besser kooperieren können, auch mit Nichtregierungsorganisationen, wenn sie sich vernetzen.

Bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität pendelten die polnischen Strafverfolgungsapparate zwischen Sorglosigkeit und restriktivem Vorgehen, wurde kritisiert. Eine Nachfrage aus Breslau zielte darauf, ob die Liberalisierung der tschechischen Drogenpolitik Auswirkungen auf den Grenzbereich habe. Darauf antwortete Stange, dass grenznahe Areale das Feststellungsgebiet der Bundespolizei bildeten und Gebiete, die weiter im Landesinneren liegen, der Landespolizei zuzuordnen sind. Ihm sei aber kein Einfluss der tschechischen Liberalisierung der Drogenpolitik bekannt. Auf die Frage aus Tschechien, was die wichtigsten Streitpunkte in der Drogenpolitik der LINKEN innerhalb von Deutschland seien,

antwortete Stange, dass dies eine kulturelle Frage sei: »Wie gehen wir mit Suchtfragen um?« Der Drogenkonsum sei stark stigmatisiert und lebe zum Teil von Mythen, die grundsätzliche Richtung aber weise auf eine Entkriminalisierung des Drogenkonsums. Eine weitere Frage aus Breslau betraf Crystal. Enrico Stange verwies auf stetig wachsende Fallzahlen in allen sozialen Schichten. Besonders problematisch sei das stetig sinkende Eintrittsalter, das derzeit bei elf Jahren liege. Das Problem wachse. Dieser Information schloss sich eine Frage aus Polen an: Gibt es Informationsprogramme in den Medien bzw. Schulen zum Thema Drogen, oder werden diese Informationen wie in Polen nur über Freunde beziehungsweise Dealer verbreitet? Stange führte aus, dass solche Programme sehr wohl vorhanden, aber schlecht finanziert seien. Die Arbeit etwa von Streetworker*innen und Schulsozialarbeiter*innen bleibe dauerhaft unterfinanziert. Hier sei auf parlamentarischer Ebene mehr Engagement notwendig.

»Asyl- und Migrationspolitik und der Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus«

Input Sachsen

Der letzte Teil der Konferenz stand unter der Überschrift »Asyl und Migration sowie das Problem mit rechtspopulistischen und extrem rechten Gruppen«. Mit einem Einführungsreferat über Asyl und Migration in Deutschland und speziell in Sachsen begann Juliane Nagel (Mitglied des Sächsischen Landtages, Sprecherin der Linksfraktion für Flüchtlings- und Migrationspolitik). Sie führte zunächst in die rechtliche und historische Entwicklung des Asylgesetzes ein. Asyl als Grundrecht wurde 1949 in das Grundgesetz der Bundesrepublik aufgenommen. 1982 wurde in Folge steigender Asylgesuche in der Bundesrepublik das Asylverfahrensgesetz erlassen, um Restriktion zu erreichen, beispielsweise das Arbeitsverbot oder die Residenzpflicht. Infolge des Jugoslawienkrieges stieg Anfang der 1990er Jahre auch in Deutschland die Zahl an Asylsuchenden. In Hoyerswerda 1991 sowie in Rostock-Lichtenhagen 1992 kam es zu den wohl bekanntesten Pogromen dieser Zeit. Auch infolge dieser Gewalttaten kam es zu einer politischen Diskussion um das Grundrecht auf Asyl und anschließend, im Jahr 1993, zu dessen faktischer Abschaffung durch den Bundestag. 2014 wurde das Asylgesetz gelockert, Restriktionen abgebaut, etwa die Residenzpflicht auf drei Monate begrenzt. Im Gegenzug wurden unsichere Länder zu sicheren Herkunftsländern erklärt, um die Abschiebung etwa von Menschen aus Serbien oder Bosnien zu erleichtern. In Folge der steigenden Asylbewerber*innen-Zahl seit dem Jahr 2014 kam und kommt es immer wieder zu Gewaltausbrüchen in Deutschland und insbesondere in Sachsen. Denn im Freistaat mischen sich Neonazis und »besorgte Bürger*innen«, sei es bei PEGIDA-Demonstrationen oder bei Blockaden von Asylunterkünften. Rassistische Übergriffe treffen in Sachsen neben Geflüchteten auch Linke, sowohl außerparlamentarisch organisierte als auch Abgeordnete und ihre Büros.

Input Niederschlesien

Krystof Jarzyp (Zieloni) sprach über die extreme Rechte und ihre zunehmende Popularität in Wrocław. In nur vier der vergangenen 26 Jahre hatten rechte Parteien lediglich eine beratende Funktion in der Stadt inne, keine gestaltende. Dies führe zu einer hohen Anerkennung rechter Persönlichkeiten und ihrer Positionen. In den letzten Jahren sei das Problem in Breslau auch durch unterschiedlichste Gewalttaten spürbar geworden. Diese reichten von Großdemonstrationen gegen Kommunist*innen und Migrant*innen über die öffent-

liche Verbrennung einer jüdischen Puppe durch eine extrem rechte Gruppe bis zu physischen Übergriffen gegen Andersdenkende und Menschen anderer Herkunft. Diese rechten Gruppen hätten ihren Anlaufpunkt vor allem im ortsansässigen Fußballclub, Śląsk Wrocław. Dort bestimmten sie deutlich die Ultra-Szene und brächten ihre menschenverachtende Ideologie auch ins Stadion. Eine Studie zum Zeitraum 2011 bis 2015 habe belegt, dass Wrocław bei der Zahl rechter Übergriffe landesweit an dritter Stelle rangiere. Die Tendenz weise seit Jahren nach oben. Diese Auswüchse seien auch ein Ergebnis davon, dass die Gemeinden um und die Stadt Wrocław das Problem mit rechten Gruppen jahrelang ignoriert und stillschweigend hingenommen habe. Jetzt starte die Stadt erste Kampagnen im Kampf gegen rechts.

Input Nordböhmen

Petr Winter von Zmena aus Liberec berichtete über die Probleme mit rechten Parteien in der Region. Bei den letzten Regionalwahlen im Oktober 2016 waren die beiden rechten Parteien SPD und SPO in zehn Regionen erfolgreich und nun in den Regionalparlamenten vertreten. Insgesamt gingen mit 12.000 Stimmen etwa 10 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen an rechte Parteien. Gerade die SPD zeigte in TV- und Straßenauftritten ihre rassistische Ideologie, die jegliche Form von Migration als illegal ansieht, die verboten werden muss. In der Region Liberec selbst haben die rechten Parteien etwa 15 Prozent der Wähler*innenstimmen bekommen. Doch die Probleme Rassismus und Antiziganismus seien nicht neu. Auch in der letzten Legislaturperiode hätten sich sowohl der Innenminister von der ČSSD als auch der Finanzminister von ANNO rassistische bzw. antiziganistische Aussagen geleistet. Dass Träger*innen öffentlicher Ämter in Tschechien und auch in der Region Liberec dieses Problem befeuern, habe zuletzt der Bürgermeister von Chrastava, einer Stadt der Region Liberec, gezeigt. Michael Canov habe sich über die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA gefreut und dabei seine rassistische Haltung gegenüber Migrant*innen betont. In den Regionalwahlen habe mit Petr Černý von Nový směr ein weiterer Kandidat seine rassistische Einstellung gezeigt. Doch das Problem Rassismus sei nicht nur am rechten Rand zu verorten. Es zeige sich vielmehr im Querschnitt in der Gesellschaft. So hätten sich sogar KSCM-Genoss*innen teilweise auf die Antimigrationsrhetorik der rechten Parteien eingelassen.

Doch obwohl solche Aussagen zahlreicher würden, fehle der extremen Rechten in Tschechien eine starke Führungspersönlichkeit. So seien zurzeit viele kleine Gruppen, auch in der Grenzregion, aktiv und auch gut mit der deutschen Neonazi-Szene vernetzt. So gebe es auch häufig Neonazi-Konzerte, zuletzt eine Woche vor der Konferenz. Die Neonazis in der Region Liberec seien auch stark

mit der Hooligan-Szene vernetzt und teilweise aktive Soldaten in der tschechischen Armee. Insgesamt seien die Neonazis in der Region Liberec dennoch tendenziell zerstritten. Die Szene lebe von vielen kleinen und unabhängig voneinander agierenden Gruppen.

Impressum

Stand: Januar 2017
Herausgeber: Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Titelbild: © apinan - Fotolia.com

Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Telefon: 0351 493-5800, Telefax: 0351 493-5460
E-Mail: linksfraktion@stl.sachsen.de, <http://linksfraktion-sachsen.de>

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden.

DIE LINKE.

Fraktion im Sächsischen Landtag

www.linksfraktion-sachsen.de